

Überlegungen angesichts gegenwärtiger Konflikte

Wer sich mit Konflikten beziehungsweise Kriegen in Nahost oder auch der Ukraine auseinandersetzt, kommt bald zu dem Ergebnis, dass er das Geflecht von Behauptungen, Verdrehungen, Verschweigen, Anschuldigungen und Lügen nicht mehr durchschaut. Auch in den Medien werden immer wieder Informationen verbreitet, die nicht stimmig sind, wie sich zum Beispiel in der Auseinandersetzung um die Berichterstattung der ARD über die Ukraine zeigt.

Propaganda und falsche Behauptungen sollen Zustimmung bringen, sind aber nur eine Bestätigung der alten These:

1. „Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit.“

Wie schwierig eine Analyse im konkreten Fall ist, zeigen die Ausführungen von Gerd Weidenhausen in der Schweizer Zeitschrift "Gegenwart" zu den Hintergründen des Krieges in Syrien vom 05.09.13:

„Bei dem Versuch, die Hintergründe, mannigfaltigen Interessenlagen, Zielsetzungen und Strategien zu verstehen, die in dem Stellvertreterkrieg in Syrien aufeinanderprallen, kommt man nicht umhin, die (Des-)Informationspolitik der direkt und indirekt Beteiligten in Augenschein zu nehmen. Wie in klassischen Stellvertreterkriegen üblich, überlagert eine oftmals verwirrende Desinformationspolitik die Ereignisse, die im Interesse der jeweiligen Kontrahenten umgeschrieben, ins Gegenteil verkehrt oder ganz verschwiegen werden. Sobald "höhere" Interessen strategischer, energiepolitischer und geopolitischer Natur am Werke sind, die aus ideologischen Gründen des gepriesenen demokratischen Selbstverständnisses nicht als solche benannt werden dürfen, findet ein Kampf um die Deutungshoheit statt, bei dem von der Halbwahrheit bis zur Lüge, von fingierten Ereignissen bis hin zu Unterstellungen, von falschen Übersetzungen und Zitationen bis hin zu verdeckten Aktionen alles zur Anwendung kommt, was unter der Rubrik Desinformation elementarer Bestandteil des Geheimdienstjargons ist. In dieses Arsenal gehört im extremen Fall die Inszenierung von Ereignissen, sozusagen Operationen unter falscher Flagge, mit der eigene Handlungen dem Gegner in der Hoffnung untergeschoben werden, dass interessierte Mächte mit größerer militärischer Schlagkraft von außen zur Hilfe eilen. All diese Winkelzüge, Taktiken, verdeckten Operationen und Täter-Opfer-Inszenierungen konnten schon in den verheerenden Kriegen in den 1990er Jahren auf dem Balkan studiert werden; sie wurden unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, nämlich der frei erfundenen Massenvernichtungswaffen, in den beiden Irak-Kriegen fortgesetzt, unter veränderter "Argumentationslage" in Afghanistan verlängert und in Libyen und nunmehr in Syrien auf einen zynischen Höhepunkt gebracht.“

Ohne lange zu suchen, lässt sich feststellen, dass sich diese Desinformationspolitik im syrischen Bürgerkrieg, in den Auseinandersetzungen mit dem IS (Islamischer Staat) oder dem Kämpfen in der Ostukraine fortsetzt.

Mal sind keine russischen Soldaten auf der Krim oder in der Ostukraine im Einsatz, mal werden sie abgezogen. Soldaten, die kämpfende Separatisten unterstützen, werden als Urlauber deklariert. Russische Raketenwerfer werden kurzfristig in die Ostukraine verlegt, dann wieder schnell abgezogen und ihre Existenz dort abgestritten. Die Schuld für ein abgeschossenes Passagierflugzeug, für Massengräber oder Beschuss von Wohnhäusern wird jeweils dem Gegner zur Last gelegt. Michael Schischkin schreibt in seinem Brief an Europa dazu: „Auf der Krim gibt es keine russischen Soldaten“, vermeldete man im Frühling der ganzen Welt mit scheelem Grinsen. Im Westen konnte man das nicht verstehen: Wie konnte Putin seinem Volk so unverfroren ins Gesicht lügen. Doch die Bevölkerung nahm das nicht als Lüge wahr: Wir verstehen unter uns doch alles, man betrügt schließlich den Feind, das ist keine Sünde, sondern reine Soldatentugend. Mit welchem Stolz wurde dann zugegeben: „Ja, es waren russische Soldaten auf der Krim!“ Das bedeutet keineswegs, dass Zuweisungen der anderen Konfliktpartner unwahr sind. Nach dem Abschuss des Zivilflugzeuges wird unabhängig von der Beweislage von der US-Administration sofort Russland als Schuldiger benannt. Oder die Zerstörung eines Hauses in der Ostukraine, die von Freischärlern aus der Ukraine erfolgte, wird selbstverständlich den Rebellen in die Schuhe geschoben.

In Syrien sieht das nicht anders aus. Giftgas wird eingesetzt und über den Verursacher wird ein „Schwarze-Peter-Spiel“ veranstaltet, je nach dem wer als Bösewicht dastehen soll. Robert Parry schreibt (Letztliche Erkennung der syrischen Realitäten, 03.10.14) „Im vergangenen Jahr allerdings hat sich die Realität wieder durchgesetzt, zumindest ein wenig. Die Sarin-Angelegenheit gegen Assad ist zum größten Teil mit dem UN-Report, nach dem Sarin nur an einer Rakete gefunden wurde, und der Feststellung unabhängiger Wissenschaftler, dass diese Rakete eine maximale Reichweite von etwa 2 Kilometern hatte, was bedeutet, dass sie nicht von der verdächtigten syrischen Basis kommen konnte, die neun Kilometer entfernt liegt, zerfallen. Der investigative Reporter Seymour Hersh erfuhr zudem von seinen gut platzierten Quellen innerhalb der US-Geheimdienste, dass der Verdacht sich verschoben hat auf extremistische Rebellen, die mit Hardlinern im türkischen Geheimdienst zusammen arbeiteten.“

Vielfache Unterstützung der aggressiven IS-Truppen wird weder zugegeben noch bedauert, auch wenn man sich jetzt zum Kampf gegen den IS abgesprochen hat. Im Gegenteil, Regierungen wie von Saudi-Arabien, Katar oder auch der Türkei tun so, als ob sie damit nichts zu tun hätten. Karin Leukefeld schreibt dazu am 12.11.2013 (junge welt): „Saudi-Arabien gilt neben Katar als der wichtigste Unterstützer des bewaffneten Aufstandes gegen den syrischen Präsidenten und seine Führung. Reporter der New York Times hatten ein Jahr lang (Januar 2012 bis März 2013) die Wege der Waffenlieferungen aus Riad und Doha recherchiert. Die meisten Lieferungen gingen demnach über türkische Flughäfen und von dort auf dem Landweg nach Syrien. Riad kaufte große Waffenmengen in Kroatien, von wo sie über Amman an die Aufständischen gingen. Vor wenigen Tagen erst hatte der Reporter des Figaro, George Malbrunot berichtet, dass die Waffenlieferungen an die Aufständischen in Syrien ohne Zustimmung der USA nicht möglich wären. »Die Amerikaner halten den Schlüssel«, schrieb Malbrunot. CIA-Agenten würden mit Kämpfern der Freien Syrischen Armee und

mit jordanischen Geheimdienstoffizieren die Waffenkonvois, die per Drohnen aus Jordanien überwacht würden, begleiten. Die Saudis seien »hinter den Kulissen für die Finanzierung und die Lieferung der Waffen aus Osteuropa nach Jordanien zuständig«. Allein 2013 seien auf diesem Weg 600 Tonnen Waffen an die Aufständischen geliefert worden.“ Aufgrund der religiösen (gegen die Schiiten) und der machtpolitischen Optionen (gegen die Achse Iran-Syrien) aber auch der realen Verhältnisse der aufständischen Gruppierungen bedeutet das unter dem Strich, dass ein erheblicher Teil den Kämpfern des IS zu Gute kommt.

2. Interessen

Wer in diesen Tagen verfolgt, mit welcher Heftigkeit um die syrische Stadt Kobane von kurdischen Kämpfern und der IS gekämpft wird, stellt fest, dass die IS verurteilt wird, aber dennoch die Unterstützung für die Kurden mehr als mager ist. Das gilt auch für die Unterstützung der neuen Alliierten aus der Luft (vgl. Newsletter Strategische Studien).

2.1. Türkische Optionen

Als unmittelbarer Nachbar an der Grenze scheint die Türkei mehrere Interessen gleichzeitig zu verfolgen. Zusammengefasst heißt das, man will Assad loswerden und gleichzeitig verhindern, dass die Kurden erstarken und am Ende noch einen selbstständigen Staat erhalten. Das wird so beschrieben: „Einerseits wollte man Assad loswerden und hat die IS unterstützt, indem man deren Kämpfern Transit gewährt und ihre Verwundeten behandelt, Waffenhandel zumindest toleriert oder auch Öl aus dem „Kalifat“ schwarz gekauft hat. Dem türkischen Geheimdienst wird ganz offen doppeltes Spiel vorgeworfen. Andererseits will man weder den IS-Staat oder eine autonome Kurdenregion als Grenznachbarn haben. So werden zwar kurdische Flüchtlinge aufgenommen aber eine Unterstützung der Kämpfer von Kobane untergraben.“

Auf die Frage „Was befürchtet die Türkei von den Flüchtlingen“ in einem Interview erläutert Giyasettin Sayan, Vorsitzender der Kurdischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen: „Zwei Gründe. Die Türkei versucht einerseits seit drei Jahren, die Islamisten zu unterstützen und türkische Waffen zu schicken. Letzteres wurde bewiesen und dokumentiert, auch von Amerikanern. Bei getöteten IS-Leuten fand man Produkte der Marke MKI, das ist eine Waffenfabrik in der Türkei. Ankara schickt Waffen. Bezahlt werden sie von Katar und Saudi-Arabien. Außerdem werden in der Türkei in Moscheen öffentlich Leute für den IS rekrutiert. Auf der anderen Seite drängt die Türkei IS dazu, kurdisches Gebiet in Syrien von Kurden zu »befreien«. Das ist die große Heuchelei: wenn sie den Strom von Flüchtlingen beklagt, den sie zum Teil selbst verursacht hat. Man strebt nach einer »Pufferzone«, so dass weitere Flüchtlinge auf syrisch-kurdischem Gebiet, nicht auf türkischem Gebiet ankommen. Andererseits soll die internationale Gemeinschaft akzeptieren, dass dort eine Militärzone eingerichtet wird. Militärzone heißt nichts anderes als: Zusammenarbeit mit IS, um ein IS-Kalifat an der Grenze zu errichten. Das wäre eine Katastrophe für alle Kurden.“

Ähnlich in der der Tagesschau: [tagesschau.de\(22.09.2014\)](http://tagesschau.de(22.09.2014)): Unterstützt die Türkei auch die Dschihadisten? Die Extremisten benutzen die Türkei als Drehkreuz. Unternimmt Ankara genug dagegen?

Blaschke: Die Türkei hat den IS oder Al-Nusra-Front nie offiziell unterstützt. Aber man ließ diese Bewegungen offenbar lange frei agieren und schaute zu lange weg. Und so wurde eben die Türkei eine Art Sammelbecken für den Terror des IS. Hier werden Kämpfer durchgeschleust und angeworben und Waffen geschmuggelt. Mittlerweile gehen die türkischen Sicherheitsbehörden konsequenter dagegen vor. Aber nun scheint es fast zu spät zu sein.

Oder in der ZDF- Mediathek vom 08.10.2014"Es gibt Hinweise darauf, dass die Türkei den IS mit groß gemacht hat. Das türkische Militär stoppte vor einigen Wochen LKW, darin sollen kistenweise Kalashnikovs und Munition gewesen sein. Die Soldaten, die die Kisten öffneten, wurden strafversetzt. Über das Gesehene müssen sie schweigen."

Mehr als deutlich wird die Haltung der Türkei, wenn ihr Präsident Erdogan davon spricht, dass es sich in Kobane nicht um eine Tragödie handle sondern um einen Krieg zwischen terroristischen Vereinigungen.

2.2. Saudi Arabien und die Golfstaaten

Aus Saudi-Arabien und den Golfstaaten konnten Organisationen wie IS oder die Al – Nusra-Front erhebliche finanzielle Unterstützung erhalten. Auch wenn die Staaten selbst möglicherweise nicht selbst unmittelbar gezahlt haben, sondern wohl Stiftungen und Privatleute, ist davon auszugehen, dass ihre Geheimdienste an den Vorgängen beteiligt waren.

Die ARD Korrespondentin Marion van Haaren schreibt am 22.08.2014:

„Waffen aus alten US-Beständen, bezahlt von Golf-Arabern: Die IS-Terroristen versorgen sich aus US-Militärbeständen, die die Amerikaner bei ihrem Abzug im Irak beließen. Sie kaufen auf dem Graumarkt weitere Waffen und Munition durch Gelder, die sie vor allem von reichen Golf-Arabern beziehen. In den sunnitischen Ländern gibt es etliche religiöse Stiftungen. Über diese Stiftungen fließen die Mittel direkt an die IS-Rebellen. Es gibt Reiche Golf-Araber - vor allem aus Saudi-Arabien, in geringerem Umfang auch aus Katar und Kuwait - die die Dschihad-Kämpfer bewundern. Sie träumen vom einfachen Leben in der Wüste zu Zeiten des Propheten. Für sie sind die IS-Rebellen der verkörperte Traum vom entbehrensreichen Leben im Kampf für Gott – vergleichbar mit dem westlich idealisierten Bild des Robin Hood. Sie haben einen Hass auf die Schiiten, wie Nahost-Experte Michel Lüders berichtet. Für sie seien Schiiten Hunde, Unmenschen, Teufelsgestalten. Alles, was den Schiiten schade, werde von fanatischen Golf-Arabern sunnitischen Glaubens unterstützt. Von den Regierungen der betroffenen sunnitischen Staaten gibt es wohl keine direkten Unterstützungen.“

Neben der religiösen Motivation spielte politisch in den arabischen Staaten die Option, die Achse Syrien-Iran aufzubrechen und das Regime Assads zu stürzen, eine

erhebliche Rolle. Auch die Vereinigten Staaten wurden in ihrem Handeln von ihrer Option, das Regime Assad zu beseitigen geleitet und haben dementsprechend Rebellen Gruppen – direkt oder indirekt (Jürgen Todenhöfer berichtet zum Beispiel darüber, wie die Waffen, die die Freie Syrische Armee erhalten hat, zu den fundamentalistischen Rebellen Gruppen gewandert sind) - unterstützt. Gerd Waidenhausen führt dazu aus: »Die syrischen Rebellen wären heute ohne Al-Qaeda in ihren Reihen unermesslich schwächer. Die Einheiten der Freien Syrischen Armee sind weitgehend erschöpft, zerstritten, chaotisch und ineffektiv....Al Qaedas Kämpfer können jedoch helfen, die Moral zu steigern. Der Zustrom der Dschihadisten bringt Disziplin, religiöse Leidenschaft, Kampferfahrung aus dem Irak, Finanzmittel von sunnitischen Sympathisanten aus den Golfstaaten, und am wichtigsten, tödliche Resultate mit sich.«" Zu diesem erfrischend offen eingestandenen taktischen Kalkül in der wichtigsten und einflussreichsten außenpolitischen Zeitschrift der USA, der "Foreign Affairs", dem Sprachrohr der maßgeblichen außenpolitischen Denkschmiede "Council on Foreign Relations" (CFR), merkt S. Range unter fortgesetzter Zitation weiter an: "Das unausgesprochene Kalkül der Entscheidungsträger in Washington sei es »zuerst Assad los zu werden - und damit Irans Position in der Region zu schwächen - und sich später um Al-Qaeda zu kümmern.«"

Mit welcher Widersprüchlichkeit in einzelnen Ländern gehandelt wird, macht eine Notiz aus der BZ deutlich: „EU-Länder finanzieren ISIS durch Ölimport: Der Westen kämpft gegen ISIS – macht aber gleichzeitig mit ihm Geschäfte. Das Öl der Terror-Miliz wird meist zu niedrigeren Preisen verkauft. Geld von europäischen Staaten für ISIS? Jana Hybášková (49), die Botschafterin der EU im Irak, ließ jetzt nach einem Treffen des EU-Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten die Bombe platzen: Mehrere Mitgliedsstaaten der EU kaufen Öl von ISIS und finanzieren dadurch die islamistische Terrorgruppe...Die Zwischenhändler auf dem Schwarzmarkt gehen mit dem ISIS-Öl ein hohes Risiko ein. Über diese Zwischenhändler gelangt das Öl dann zumeist in die Türkei und von dort offenbar in EU-Staaten – auch wenn Hybášková diese Länder nicht beim Namen nennen wollte. Der türkische Energieminister Taner Yıldız (52) hatte bisher stets abgestritten, dass sein Land Öl aus von ISIS kontrollierten Quellen weiterverkaufe. Die Gewinne aus dem verkauften Öl belaufen sich für ISIS an manchen Tagen auf bis zu eine Million Euro. Mit dem Geld bezahlt die Terrormiliz ihre Kämpfer, kauft Waffen und finanziert so ihren Feldzug im Irak und Syrien.“

3. Falsche Freunde

Damit ist aufgezeigt, dass aus politischen Interessen die lange Tradition, örtliche Akteure wie Rebellen Gruppen oder Warlords zu bewaffnen und für eigene Ziele einzusetzen, ungeachtet aller bisherigen Desaster fortgesetzt wird. Weder die Geschichte Afghanistans (Bewaffnung der Widerstandsgruppen gegen die sowjetische Besatzung, aus denen die Taliban hervorgegangen sind; Zusammenarbeit mit den fragwürdigsten Warlords) oder Somalias (siehe unten) noch die Folgen des Aufstandes in Lybien gegen das Regime Gaddafis haben anscheinend dazu beigetragen, einen Gesinnungswandel herbeizuführen. Offensichtlich gilt noch immer, um ein Interesse

durch zu setzen, ist jede Gruppierung willkommen, gleichgültig was deren eigene Vorstellungen oder Hintergründe sind.

Thomasz Konicz führt in seinem Artikel „Globalisierte Barberei“ dazu aus: „Um es klar auszusprechen: Der Westen ist mal wieder dabei, Islamisten zu bewaffnen, um Islamisten zu bekämpfen – und nebenbei seine geopolitischen Interessen zu verfolgen, die im Falle Syriens auf den Sturz des Assad-Regimes abzielen. Es stellt sich nur noch die Frage, welche Dschihadisten-Truppe, die jetzt noch als Teil der „moderaten Opposition“ gilt, in wenigen Jahren abermals außer Kontrolle gerät und vermittels militärischer Interventionen ausgeschaltet werden muss. Der Westen gleicht in seinem Windmühlenkampf gegen den islamischen Fundamentalismus dem berüchtigten Zauberlehrling, der die Geister, die er zwecks geopolitischer Instrumentalisierung in der vom Staatszerfall ergriffen Region herbeirief, nun nicht mehr loswird.“

Folgerichtig werden andere islamisch-fundamentalistische Gruppen wie die Islamische Front oder al Nusra, die in einer gewissen Distanz zum IS stehen, unterstützt. Diese Rebellen werden künftig ihre militärische Ausbildung auf dem Territorium Saudi-Arabiens erhalten.

An dieser Stelle sollen die etwas zurückliegenden Vorgänge in Somalia in Erinnerung gerufen werden. In seinem Buch „Schmutzige Kriege“ schreibt der investigative Journalist Jeremy Scahill: „Somalia hätte sich ganz anders entwickeln können als zu dem Land, das die Vereinigten Staaten gemeinsam mit den Warlords nach dem 11. September schufen. Der radikale Islam war in Somalia vor dem Beginn des Globalen Krieges gegen den Terror so gut wie unbekannt. Viele Somaliakenner glaubten, dass eine Handvoll Radikaler im Land hätten eingedämmt werden können und das zentrale Ziel eine Stabilisierung des Landes durch Entwaffnung und Entmachtung der Warlords hätte sein müssen. Stattdessen förderte Washington den Machtzuwachs der Warlords und löste damit eine radikale Gegenreaktion in Somalia aus, die die Türen für al Qaida weit öffnete. Während die CIA ihre Beziehung mit Qanyare und den anderen Warlords pflegte, sah die offizielle somalische Regierung hilflos zu. Die aus im Westen ausgebildeten Technokraten bestehende „nationale Übergangsregierung“ war nicht viel mehr als eine Idee, die in Hotelsuiten und Cafes in Kenia und anderen Nachbarstaaten existierte. Und genau so wurde die auch von Washingtons Antiterrorbehörden auch behandelt.“ Selbst der CIA stellt in einer internen Studie fest, dass Waffenlieferungen selten Erfolg gebracht haben, aber hohe Risiken enthalten.

4. Die Ergebnisse liegen auf der Hand

Die Todesopfer kann man angefangen bei Afghanistan nur zu Hunderttausenden zählen, die Zahl der Verwundeten übersteigt sie erheblich. Flüchtlinge sind millionenfach unterwegs. Staaten wurden destabilisiert und Gesellschaften zerbrochen: Somalia, Libyen, der Irak und Syrien. Und Afghanistan hat keine guten Prognosen. In diesen, aber auch anderen Ländern(u.a. Jemen, Mali, Nigeria, Pakistan) haben sich zahlreiche fundamentalistische und brutale Rebellengruppen festgesetzt und setzen die geschwächten oder bedeutungslosen Regierungen unter Druck. Es hat sich eine

Internationale der Dschihadisten gebildet, die dort zum Kämpfen einsickern, wo Aufstände eine Chance bieten, die eigenen Überzeugungen durchzusetzen.

Julian Möring konstatiert am 05.09. in t-online: „Drei Krisen(*gemeint sind Libyen, Afghanistan und der Irak*), drei Einsätze und ein Ergebnis: Der Auftrag, für Sicherheit und nachhaltigen Frieden zu sorgen, wurde nicht erfüllt beziehungsweise kann womöglich nicht erfüllt werden. Dass der Westen so oft verbrannte Erde hinterlässt, liegt vor allem an falschen Ansätzen und fehlender Weitsicht. "Es ist immer leicht, in eine Krisenregion reinzugehen, doch eine Strategie, wie man da wieder rauskommt, ist nicht vorhanden", sagt Tophoven.“ Das Urteil von der verbrannten Erde des Direktors des Institutes für Krisenprävention kommt dabei zu Stande, auch ohne dass er gängige Politikmuster in seinen Analysen verlässt.

5. Wo stehen wir

Angesichts der tödlichen Auseinandersetzungen im Nahen Osten stellt sich fast automatisch die Frage, wie kann dem Einhalt geboten werden. Die deutsche Regierung liefert Waffen an die Kurden im Nordirak und die deutsche Bischofskonferenz stimmt dem zu. Der Trierer Bischof Ackermann, Vorsitzender auch der deutschen Sektion von „Justitia et Pax“ befürwortet in einem Interview mit dem Trierischen Volkfreund (vgl. Ausgabe vom 16.10.2014) militärische Intervention. Im TV heißt es: „Wenn alle anderen Möglichkeiten ausgereizt seien, bleibe als letzte Möglichkeit nur das militärische Eingreifen“. Und weiter: „Ackermann weiß um den Zwiespalt, sagt >Politisches Bemühen muss immer an erster Stelle stehen<. Aber: Das Vorgehen des islamischen Staates habe Züge von Völkermord, Menschen würden vertrieben, Menschenrechte systematisch verletzt. <Da darf man nicht einfach tatenlos zusehen>, sagt der Bischof.“

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als müsse man den bedrohten Menschen mit militärischen Mitteln helfen. Arno Klönne setzt sich in dem Artikel „Menschenrechts-Militärschläge gegen Gotteskrieger?“ (Telepolis 17.10.) mit solchen ethischen Begründungen von Waffengängen auseinander. Er schreibt: „Islamistische Milizen heute bewegen sich in dieser Ideenwelt(*Bezugnahme auf eine überirdische Instanz*). Anders geht es in aufgeklärten Nationen zu - hier werden säkulare ethische Verpflichtungen herausgestellt, um zum Einsatz von Waffen aufzufordern, Menschenrechte sollen mit militärischem Instrumentarium durchgesetzt werden oder Schutz finden. ...Nun heißt es: Systematische Gräueltaten richtet der "Islamische Staat" an, also seien bewaffnete Interventionen erforderlich, wer da Bedenken anmeldet, habe ein Ethikdefizit. ...Auf operative Einzelheiten verzichten solche Appelle, die Ethikpolitiker sind ja keine Experten für Einsatzbedingungen und Effekte von militärischen Eingriffen, sie sprechen durchweg grundsätzlich. Und darin steckt das Problem. Ihre Aufforderungen nämlich haben, folgen Regierungen diesen, durchaus Konsequenzen im blutigen Detail, zumeist solche, die ethisch nicht berechnet oder nicht berechenbar sind.“

Also ist der Ruf nach militärischem Eingreifen nicht unbedingt das Mittel der Wahl, zumal die Akteure zum Handeln aufgefordert werden, die weitgehend dafür gesorgt

haben, dass der Terrorismus weltweit diese Dimension angenommen hat. Das gilt nicht nur für die Vereinigten Staaten, wie Jürgen Todenhöfer in seinem Interview in der Neuen Rheinischen Zeitung(15.10.) darlegt. Die Kontrahenten Saudi Arabien und der Iran sind genauso beteiligt wie die Golfstaaten und die jeweiligen Koalitionen der Willigen. Es ist schon ein Paradox, den oder die Brandstifter als Feuerlöscher zu bestellen, zumal die bevorzugte Methode wohl ist, neues Feuer zu legen.

Von allen die Stellung nehmen oder an Entscheidungen mitwirken, erwarte ich als pax christi-Mitglied, dass sie:

1. die Interessen der Akteure angefangen bei Ressourcensicherung und Handelsinteressen bis hin zu Machtsicherung und Vorherrschaft benennen und in Frage stellen. Anders gesagt, es muss konkretisiert werden, wie die Erde und die Menschen für unser kapitalistisches Wirtschaftssystem geplündert werden.
2. aufzeigen, wie diese Interessen schon im Normalfall (Jean Ziegler: Wir lassen sie verhungern – Die Massenvernichtung in der dritten Welt) und noch deutlicher in Krisen- und Kriegssituationen Tod bringend sind.
3. die jeweiligen Machenschaften und Vorgehensweisen offen zu legen und der jeweiligen Propaganda mit ihren Lügengeschichten zu widersprechen.
4. keine Aktionen vorschlagen, die nicht mit internationalen Vereinbarungen wie vor allem der Charta der UNO vereinbar sind. Selbstermächtigung ist nicht friedensstiftend.
5. sollten sie ein militärisches Eingreifen befürworten - was ich nicht als sinnvoll ansehe -, auch die wahrscheinlichen Folgen beschreiben. Wer nur den „guten“ Zweck (Krieg aus ethischen Gründen!) benennt, hat keine Garantie, dass nicht noch größerer Schaden angerichtet wird.
6. die jeweiligen Akteure zum Politikwandel und zur Wiedergutmachung auffordern.

In der deutschen Politik wird in diesem Jahr mehr als deutlich von größerer Verantwortung gesprochen. Wenn man auf die letzten 20 Jahre Weltpolitik zurückblickt, kann man nicht ernsthaft wollen, so mitzumischen wie es in diesen Ausführungen beschrieben wurde. Mancher Artikel scheint aber genau das zu wünschen. Mit einem gewissen Bedauern wird festgestellt, dass die Regierung da vielleicht doch etwas zu zurückhaltend ist. So heißt es in der Zeit(01.01.2014): „ Auf einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin bekräftigte Merkels sicherheitspolitischer Berater Ende Juni das deutsche Tabu. „Die Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung ist nicht so, dass wir uns in absehbarer zeiterneut an einer Mission im Umfang des Afghanistan-Einsatzes beteiligen werden“ sagte Christoph Heusgen.“

Es ist zu begrüßen, wenn politische Entscheidungsträger auf dem Hintergrund der der Bevölkerungsmeinung Zurückhaltung für geboten halten. Das muss nach meiner Meinung aber auch Verzicht auf Winkelzüge beinhalten. Zu diesen gehören die Rüstungsexporte in alle möglichen Ländern. Manche Kommentatoren nennen das ein

Freikaufen von militärischen Einsätzen, was unter dem Strich heißt, dass dennoch die beschriebene Politik unterstützt wird. Ein anderer Punkt wird beispielsweise durch Willi Wimmer aufgezeigt (in Panzerrethorik im Reichstag): „Wie wäre es denn einmal damit, sich selbst die Pflicht aufzuerlegen, nicht an einem völkerrechtswidrigen Krieg nach dem anderen teilzunehmen. Dazu könnte auch durchaus gehören, die deutschen parteinahen Stiftungen in europäischen Nachbarstaaten nicht an Aktionen beteiligt zu sehen, die durchaus als „Putsch“ gegen legitime Regierungen fremder Staaten gewertet werden können.“

Übernahme von Verantwortung lässt sich weltweit völlig anders wahrnehmen. Zum Beispiel:

- Angesichts der weltweiten Flüchtlingsströme sind ganz andere Handlungsmuster gefragt, als die Abschottung Europas, Beschwerden über das Handeln bestimmter Staaten in der EU oder Zulassung nach Nützlichkeit. In diesem Punkt gibt es wenigstens vorsichtige Unterstützung durch Bischöfe.
- Entwicklungspolitik und Einsatz in Krisensituationen bedürfen eine neue Ausrichtung. Bisher werden noch nicht mal Zusagen eingelöst und in vielen Fällen wird darauf geachtet, dass ein großer Teil des Geldes wieder zurückfließt – so war es erklärtes Ziel der letzten Bundesregierung. Sicher gibt es zurzeit eine aktive Krisenpolitik, aber sie hat spät eingesetzt und man hat zum Beispiel in der Ukraine zunächst durchaus zur Eskalation beigetragen. Krisenprävention bedarf frühzeitiger Analysen, Hinterfragung der eigenen Interessen und befähigte Institutionen.
- In Verhandlungen der EU mit afrikanischen oder karibischen Ländern über Handelsverträge darf es nicht weiterhin darum gehen, dass die Länder der EU vor allem profitieren. Den wirtschaftlich schwächeren Ländern müssen die besseren Perspektiven eingeräumt werden. Andernfalls verschärft man deren Krisen. Obendrein ist man sehr zurückhaltend zuzugeben, dass man auf diese Weise die Menschen dort zu Opfern macht. Flucht oder Tod sind die ersten Folgen.
- In dem sehr langsamen und unzureichendem Eingehen – anfangs nur die Zusage von 17. Millionen Euro und einigen Feldbetten – auf die Ausbreitung von Ebola wird sichtbar, wo anscheinend Verantwortung angesiedelt wird und wo nicht. Auch wenn inzwischen erheblich nachgebessert wurde, wird nicht deutlich, ob es eher aus Sorge um das eigene Land und die eigene Bevölkerung oder um die Menschen in den betroffenen Ländern und ihre Lebensverhältnisse geht.

Schon wenn man sich Vorgehensweisen und Ziele globaler Politik ansieht, springt es einem in die Augen, dass mehr Krisen geschaffen als gelöst werden. Wenn zum Schluss an Hand von Beispielen ein Umdenken gefordert wurde, bleibt die Frage, wovon muss man sich eigentlich verabschieden, wenn diese Art von Verantwortung wahrgenommen werden soll. Es sieht so aus, dass eine Geopolitik, die der Durchsetzung des Kapitalismus dient, einen derartigen Paradigmenwechsel nicht zulässt. Aber was wäre, wenn deutsche Eliten schon mal internationale Verantwortung neu definieren würden?

Albert Hohmann